

Hohenstein-Grustthaler Tageblatt

Ersteinst
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1.50
durch die Post Mk. 1.82 frei in's Haus.

Anzeiger

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Bande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Grustthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Ruchsnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Grustthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 42.

Sonnabend, den 20. Februar 1904.

54. Jahrgang.

Bürger- und 1. Bezirksschule Hohenstein-Grustthal.

Eltern, welche mit Ostern 1904 ihre Kinder aus der mittleren in die einfache Schule oder aus der einfachen in die mittlere Schule versetzt sehen möchten, haben darüber tunlichst bald, jedenfalls vor der allgemeinen Osterversetzung, dem Unterrichtsamt Mitteilung zugehen zu lassen.
Schuldir. Dieze.

Holzauktion im Hainholz.

Donnerstag, den 25. Februar von vormittags 10 Uhr an
sollen im Hainholz bei Hohenstein
170 Nadelholz-Stangen von 5/14 cm Stärke,
8 Rmtr. Laub- und Nadelholz-Schichte und
80 Wehlg. — Restig
unter den gebräuchlichen Bedingungen gegen sofortige Bezahlung an Ort und Stelle versteigert werden.
Zusammenkunft im Forsthaus Hainholz,
Gräflich Schönburgische Forstverwaltung und Rentamt Glauchau,
am 17. Februar 1904.
F l e d. G e n n i g.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. Februar.

Die Beratung des **Postgesetzes** wird bei schwach besetzten Häusern fortgesetzt. Dazu liegen vor die Resolutionen **Eröder-Bachem**, betr. Statist. über die Dienstverhältnisse bei den mittleren und Unterbeamten, **Eröder-Spahn**, betr. Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die kirchlichen Feiertage, insoweit sie von der Mehrheit der Bevölkerung eines Ortes gefordert werden, und **Rüller** - Sagan betr. Statist. über Krankheit und Todesursachen bei Beamten und Unterbeamten.
Abg. Dröschner (konf.) erntet das Entgegenkommen der Verwaltung gegenüber den berechtigten Interessen der Unterbeamten an, wünscht zunehmende etatsmäßige Anstellung der Assistenten, also Verringerung des prozentualen Anteils der Hilfsbeamten, Regelung des Urlaubs, frühzeitige Bekanntheit der Beförderung, strengere Kontrolle der Dienstleistungsüberprüfung und Entschärfung für Nachdienst. Dem Wunsch nach Einschränkung des Sonntagsdienstes im Interesse von Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung können seine Freunde die. Vielleicht könnten für Sonntagsbestellungen höhere Gebühren berechnet und die Bestellung von Druckmaschinen ganz eingestellt werden. Ein erhebliches Maß von Unzufriedenheit, ja sogar Dienstverweigerung, ist neuerdings bei den Postoberbeamten Mangel zu greifen. Dies fühlten sich demnachteilig durch das Einbringen der Assistenten in mittlere Stufen und der mittleren Beamten in höhere Stufen, wie es jetzt möglich sei. Besonders werde verlangt Gleichstellung aller Postinspektoren und Aufwärtigen nicht nur eines Teiles derselben, sondern aller in die fünfte Rangklasse. Endlich befürwortete Redner eine Revision der Submissionsbedingungen bei der Post im Interesse des Handwerks.

Abg. Eichhoff (freis. Volksp.) verlangt mit Rücksicht auf die stärkere Entwicklung der Postleistungen, Verkehrs- und Personalreformen, und fragt, wie es mit dem deutsch-schweizerischen Postabkommen stehe. Redner wendet sich ferner gegen die Anordnung, daß in der Weichnachts- und überhaupt in der Feiertage auf eine Postpaketadresse nur ein Paket anstatt drei aufgegeben werden dürfe, und gegen die Beschränkung der Paketbeförderung mit den Schnellzügen. Er wünscht eine anderweitige Abfassung der Tarifbestimmungen, Vermeidung der Postämter erster Klasse, Aufhebung der Besetzung dieser Postämter mit Vorbeholdern aus der Kategorie der pensionierten Offiziere, vierjährlicher Gehaltszahlung auch für die Unterbeamten usw. Er fragt, ob es wahr sei, daß den Postbeamten ihr Militärsjahr, wenn dasselbe vor der Ablegung des Examen liege, nicht eingerechnet werde. Nicht einverstanden seien seine Freunde mit den widersprüchlichen Zulagen für die Postbeamten in dem Dmarken. Was das Koalitionsrecht der Unterbeamten anlangt, so seien seine Freunde von der gestrigen Erklärung des Staatssekretärs nicht befriedigt. Ein solches Koalitionsrecht dürfe den Unterbeamten keineswegs genommen werden. Unerlässlich sei ein höherer Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten.

Staatssekretär **Brütze** will einweisen nur die Frage der höheren Beamten erörtern. Deren Denkschrift habe nicht recht, wenn sie von einem wirklichen Notstand spreche und ihn bei mangelndem Vorauszicht der Ver-

waltung zur Last lege. Er selbst möchte gern den Beamten ein besseres Avancement geben, aber die Hände flüchten nach von früher her aus der Zeit des großen Andrangs zur höheren Postkarriere in den achtziger Jahren. Redner legt dies ziffermäßig dar. Die Verwaltung sei aber im Interesse der Beamten bemüht, sie zu befähigen, im nächsten Jahre den letzten Teil der Postoffizier- und Inspektoren in höhere Stellungen zu bringen. Diejenigen, die 1892 ihr Examen gemacht und etwa 43 Jahre alt seien, bezögen jetzt als Direktoren 4000 Mk., im Alter von 30 Jahren bezögen die Beamten 3000 Mk. Das sei ein Notstand angesichts der sicheren Stellung.

Abg. Fürst Radziwin (Pole) belämpft die Dmarken-Zulage und will das Deutschtum durch Beeinträchtigung der natürlichen Rechte der anderssprachigen Bürger nicht karten. Redner rät ferner die abschließliche Entscheidung der Bestellung von Postämtern mit politischen Ausschüssen.

Abg. Schrader (freis. Vereinig.) lehnt mit seinen Freunden die Dmarken-Zulage ab, ist aber sonst mit der Postverwaltung zufrieden. Er glaube, daß man über kurz oder lang doch wieder zu einer allgemeinen Gehaltsaufbesserung kommen würde. Etwas würde schon geschehen können bei der nächsten Beratung des Gehalts- und Wohnungsgeldzuschuß-Gesetzes. Den vorliegenden Resolutionen könne er zustimmen. Eine schematische Regelung des Sonntagsdienstes würde jedenfalls Schwierigkeiten bereiten. Wenn den Unterbeamten der Beitritt zu einem Verbande verweigert werde, der über ihren Oberpostdirektionsbezirk hinausreicht, so sei das eine Schmälerung des Vereins- und Versammlungsrechts, die von dem ganzen Hause gemißbilligt werde. Die Begehrten sollten selber in die Versammlungen der Leute gehen und gegebenenfalls Behauptungen richtig stellen.

Abg. Bödler (Antif.) führt aus, daß die Unterbeamten doch in der Tat viel Anlaß zu Beschwerden hätten. Der niedrige Wohnungsgeldzuschuß, zum Teil unwürdig niedrige Gehälter usw. Bedauerlich sei, daß die Postverwaltung die Marenhäuser durch Übertragung von Beförderungen unterläge. Die Dmarken-Zulagen wüßten unwiderruflich sein. Die Postbeamten in den Ostmarken hätten wegen der Polen und Juden mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das staatsbürgerliche Koalitionsrecht müsse den Unterbeamten unverfügt eingeräumt werden.

Abg. Stokmann tritt für Aufbesserung der Unterbeamtengehälter ein. Gegen die Resolution betr. Feiertagsruhe hätten seine Freunde Bedenken. Es sei nicht die Sache der Post als eines Verkehrsministeriums, eine solche konfessionelle Sonntagsruhe an Orten einzuführen, wo die Sonntagsruhe nicht schon Ortsgebrauch sei.

Abg. Dug (Zent.) wünscht höhere Wohnungsgeldzuschüsse für die Unterbeamten.

Abg. v. Treuenfeld (konf.) tritt für die Postagenten ein, die sowohl in Bezug auf die Sonntagsruhe als auf den Erholungsurlaub gegenüber den eigentlichen Beamten stark im Nachteil seien.

Weiterberatung morgen 1 Uhr. — Schluß der Sitzung gegen 5 1/4 Uhr.

Der russisch-japanische Krieg.

„Vor Paris nichts Neues“ — die zum gestrigen Wort gewordene Telegrammwendung des Generalquartiermeisters v. Bobbielki im Hinblick auf den Krieg kann man jetzt auch in den amtlich russischen Depeschen vernehmen. „Vor Port Arthur und in der Mandchurien ist Alles ruhig.“ So beginnt ein offizielles russisches Kriegsbulletin vom gestrigen Donnerstag, um fortzufahren: „Beide Parteien ziehen augenscheinlich ihre Kruppen zusammen. Auf dem Meer bei Tsienwan wurden gestern abend zahlreiche Dichter bemerkt, welche jedoch bald verflochten. Die Ausbesserung der durch den Minenangriff beschädigten Schiffe wird energisch betrieben, sobald sie bald wieder hergestellt sein werden.“

Weiter wird russischerseits amtlich gemeldet, daß in Port Arthur die Nachricht eingelaufen sei, daß die japanische Flotte in zwei Teile geteilt worden sei. Der eine Teil bewache die Landung bei Tschemulpo und Tsusan, der andere besetze die Ufer Japans gegen das Bladivostok-Geschwader. Die Bevölkerung in der Mandchurien verkaufe überall gern den Kruppen Pferde und Lebensmittel.

Nach einer Meldung aus **Charbin** (Mandchurien) sind dort drei französische Schiffbauarbeiter, **Gaidon, Widje** und **Abre**, eingetroffen, die auf dem „Jesse-witsch“ arbeiteten, als ein japanischer Torpedo an Bord einschlug. Das Boot war durch den aus einer Distanz von 50 Meter lauerten Torpedo beschädigt, die Schrauben blieben intakt, die Erbschütterung war nicht übermäßig stark. Das Wasser drang vorn an Bord ein, aber nicht in andere Teile. Der Ingenieur **Condrea** verbleibt während der Reparaturen an Bord. Die drei Arbeiter erzählten, daß zwölf französische Familien in Port Arthur sechshundert die Ankunft eines französischen Dampfers erwarten.

Bei dem erneuten Angriff auf Port Arthur, den die japanische Flotte am 14. d. h. unternahm, scheint sie doch nicht so glücklich abgeschlossen zu haben, wie die japanischen Telegramme glauben machen möchten. Zwar meldet uns eine Drahtnachricht aus London vom heutigen Freitag, daß der dortige japanische Gesandte erklärt habe, daß bisher kein japanisches Schiff zerstört und somit die Geschwader der japanischen Flotte unverletzt sei, indessen berichtet ein Telegramm des „Standard“, daß bei dem Torpedoengriff zwei der antikerenden Fahrzeuge nicht zurückgekehrt seien und ihr Schicksal mindestens ungewiß sei. Aus Tschifu wird berichtet, dort sei eine mit Verbündeten überfüllte Dschunke angekommen, die 36 blutige Japaner aus dem Gesicht bei Port Arthur vom Sonntag an Bord hatte. Der Kapitän berichtete, daß noch mehr Verbündete von anderen japanischen Fahrzeugen an Bord genommen worden seien; ihre Anzahl sei jedoch unbekannt. Die japanische Admiralität veröffentlicht dagegen eine ihr auf privatem Wege zugegangene Nachricht, daß der russische Kreuzer „Bojarin“ bei dem letzten Angriff innerhalb des Hafens von Port Arthur durch einen Torpedoengriff getroffen worden ist. Die flammende See verhindere die Wiederholung eines kombinierten Angriffs; jedoch werde die Beunruhigung des Feindes durch einzelne Torpedoboote andauernd fortgesetzt. Damit will wieder die gestrige Meldung nicht übereinstimmen, nach der die russische Flotte aus Port Arthur ausgefahren sei. Man sieht, über die Operationen der Kriegführenden widersprechen sich selbst die amtlichen Nachrichten der einzelnen Befehlshaber.

Ohne Grund von den Russen beschossen, will ein englischer Dampfer sein. Aus Shanghai wird nämlich vom Donnerstag gemeldet: „Der englische Dampfer „Hafping“ kam heute hier von Tschingwantan an. Als er auf der Außenseite von Port Arthur Schutz vor schlechtem Wetter suchte, wurde er von russischen Schiffen und den Forts beschossen, dann nach Dalny gebracht und dort ohne erheblichen Grund 4 Tage lang festgehalten, obgleich der Kapitän energisch dagegen protestierte.“ — Vielleicht hat der edle Engländer — kein Engel ist so rein — Kontrebande an Bord gehabt, sodaß die Russen in Versuchung kamen, ihn ein wenig darauf hin zu untersuchen. Von der Kontrebande wird der Kapitän des Dampfers in Shanghai natürlich nichts erzählt haben!

Die Stimmung in Frankreich

wird immer nervöser und vor Allem sind es die nationalistischen Blätter, welche sich in Sympathiebeweisen für den russischen Verbündeten erschöpfen. So steht u. A. das **Montevardblatt** „Figaro“ seinen Feldzug zu Gunsten einer französischen Dazwischenkunft in Ostasien planmäßig fort. Gestern erzählte er einen angeblichen Ausritt zwischen **Feix** und dem Minister des Auswärtigen **Marawiew** während des Festschahs. **Marawiew** wäre zu **Feix** gekommen und hätte ihm gesagt: „Ich komme im Auftrag des Kaisers, der mir befehligt, Ihnen zu sagen, daß Frankreich in diesem Augenblick nicht vergessen darf, welchen Freund und Verbündeten es an Rußland hat. In den Augen des Kaisers begründet unser Bündnis eine vollständige Gemeinschaft zwischen Frankreich und Rußland. Ich erkläre Ihnen in meinem Namen, wenn Sie mich schlagen, schlagen auch wir uns, nur müssen Sie Zeit zu gewinnen trachten. Wir könnten Ihnen jetzt nur durch einen Vorstoß gegen Indien nützen; unsere Eisenbahn nach Kaschkent ist noch nicht fertig.“ **Feix** dankte bewegt, lehnte aber ab. Im Oktober 1898 erhielt **Delcassé** eine Petersburger Mitteilung, die **Marawiew**s Anerbieten amtlich wiederholte. Sie sollte im Selbstzug über die Festschahfrage erscheinen. Rußland gab dazu seine Zustimmung. Im letzten Augenblick unterließ die Beruflichkeit, weil man die verarbeiteten Bünde nicht wieder aufreihen wollte. Am Schluß dieses Artikels heißt es, Frankreich brauche jetzt gleichwohl am Kriege nicht teilzunehmen, denn einmal verlange Rußland es nicht, und dann würde es Rußland keine Hilfe gegen Japan bringen, da Frankreich alle Hände voll zu tun haben würde, um sich in allen Kolonien Englands zu erwehren. — Von der „Republique française“ um seine Meinung befragt, schreibt der gewesene Ministerpräsident **Charles Dupuy**: „Ob wir nach dem Rhein oder nach Sachschina blicken, wir haben von einem Erfolg Rußlands alles zu hoffen, von seiner Niederlage alles zu fürchten. Ohne jemand herauszufordern, müssen wir unsere Sympathien offen erklären, wir würden die Welt erstaunen machen, wenn wir sie nicht bekräftigen würden.“ — Vom **Baren** sprechend, sagte **Clemenceau** heute: „Er will den Frieden erhalten, doch gleichzeitig die Mandchurien erobern; seine Friedensliebe besteht darin, daß er, wenn er sich Gebiete aneignet, wünscht, niemand solle ihm den Krieg erklären.“

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

gehen gleich ihren englischen Vettern emsig nach einer Veranlassung zu suchen, sich in den Kampf zwischen den beiden Reichen in möglichst unauffälliger Weise einzumischen. So meldet ein Telegramm aus **Washington** vom 18. d. h.: „Der Befehlshaber des Pacific-Geschwaders der Vereinigten Staaten, **Admiral Evans**, berichtete dem Flottenkommando, daß in **Rimtschwan** angesehene Verhältnisse herrschen und machte von Nachrichten Meldung, wonach die Russen dort britische und amerikanische Handelschiffe aufhalten. Es verlautet, falls das amerikanische Konsulat in **Rimtschwan** in Gefahr geraten sollte, so würden Seesoldaten vom Kanonenboot „**Helena**“ gelandet werden, ungeachtet des Wunsches der Regierung, weder Rußland noch Japan zu verletzen.“ Die Herren in **Washington** werden es sich wohl zweimal überlegen, ehe sie zu dieser Maßregel greifen!

Die Dauer des Krieges.

In der Zeit der Elektrizität ist die Menschheit sehr ungeduldig. Ein Krieg, der schon acht Tage dauert, beginnt langweilig zu werden, und wenn nicht jeden zweiten Tag eine große Schlacht geschlagen und etliche Dampfschiffe auf den Sand gesetzt werden oder in die Luft fliegen, ist der Zuschauer fern von Ostasien mit den Führern der Heere und Flotten unzufrieden. Gleichwohl wird man sich gedulden müssen, zu warten, unter Umständen recht lange zu warten. Denn der Krieg wird sich aller Voraussicht nach erheblich in die Länge ziehen, auch wenn die Japaner große Erfolge zu Wasser und zu Lande erzielen sollten. Wir haben, so schreibt die „Post“, wiederholt darauf hingewiesen, daß die Russen geschlagen werden können, damit aber noch nicht besieg sind. Für das **Barenreich** steht sein ganzes Prestige, sein ganzes militärisches Ansehen, seine Stellung in der Weltpolitik auf dem Spiel, und deshalb wird es sich nicht zum Friedensschlusse verstehen, so lange es noch über Reserven gebietet. Und niemand kann ver-